

Firmenzuwachs Das Neuhauser Gewerbegebiet Rundbuck kommt bald an seine Kapazitätsgrenzen. **Neuhausen Seite 21**

Kunterbuntes Allerlei Der Martini- markt in Diessenhofen ist auch ein Paradies für Trouvaillensucher. **Diessenhofen Seite 23**

Nächstes Jahr eine tiefere Steuerrechnung

Von 115 auf 111 Prozent hat der Kantonsrat gestern den Steuerfuss für das Jahr 2018 gesenkt. Die Mehrheit versteht dies als «Geste» gegenüber dem Steuerzahler nach finanziellen Krisenjahren.

VON **MARK LIEBENBERG**
UND **ZENO GEISSELER**

Die Kantonssteuern sollen sinken, doch um wie viel? Mit dieser Frage hat sich gestern der Schaffhauser Kantonsrat in drei Sitzungen beschäftigt. Die Regierung hatte vorgeschlagen, beim Steuerfuss von heute 115 Prozent auf 112 Prozent zu gehen. Damit sollte der Kanton auf den Stand von vor drei Jahren zurückkehren. Damals hatte man neben vielen Sparanstrengungen auch eine temporäre Steuererhöhung von drei Punkten beschlossen, um die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bekommen.

Seither sieht es in der Kantonskasse wieder bedeutend besser aus. Der Steuerfuss war jedoch bei 115 geblieben. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wollte daher noch weiter gehen: Sie beantragte, befristet auf ein Jahr, noch ein zusätzliches Steuerfussprozent runterzugehen. Sprachlich ist dies nicht als Steuersenkung, sondern als einmaligen Steuerrabatt zu verstehen. Dieser Schritt fand in bürgerlichen Kreisen Unterstützung. Die Steuerprognose im Budget werde aus taktischen Gründen zu tief angesetzt, sagte Mariano Fioretti (SVP, Schaffhausen), der einprozentige Steuerrabatt sei der richtige Weg. Über diese Idee «nur den Kopf schütteln» konnte hingegen die AL/ÖBS-Fraktion. «Wie kann man die Steuern gleich um vier Prozentpunkte senken?», fragte Matthias Frick (AL, Trasadingen). «Damit könnte man zum Beispiel <7 to >7 finanzieren!», sagte er mit Blick auf die gleichnamige AL-Initiative, welche am Sonntag zur Abstimmung kommt.

Ebenfalls gegen 111 Prozent sprach sich die GLP/EVP-Fraktion aus. «Ein Steuerrabatt von einem Prozentpunkt bringt das Ergebnis ins Negative», sagte Maria Härvelid (GLP, Thayngen).



Darf's ein Steuerfussprozent mehr oder weniger sein? Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel argumentierte gestern an ihrer letzten Budgetdebatte vergeblich gegen den zusätzlichen Steuerrabatt.

Bild Zeno Geisseler

Tatsächlich verschlechtert sich das budgetierte Gesamtergebnis im Staatshaushalt für 2018: Statt 1,4 Millionen Franken im Plus resultiert nun ein Minus von 1,1 Mio. Franken. «Es handelt sich um eine Geste gegenüber dem Steuerzahler», sagte Christian Heydecker (FDP, Schaffhausen). Gegen die Senkung um einen weiteren Prozentpunkt gestellt hatte sich auch die Kantonsregierung. Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel sagte: «Es ist nicht opportun, wegen eines Rabattes nun die Rechnung ins Negative kippen zu lassen.» Als Nebeneffekt verschlechtert sich dadurch auch die Eigenfinanzierungsquote – diese sinkt um sieben auf 32 Prozent. Trotzdem sprachen sich am Ende 29 Kantonsparlamentarier für das von der GPK vorgeschlagene Vorgehen aus. 25 wollten wie die Regierung nur drei Prozent runter.

Die Debatte um den Steuerfuss war einer der drei grossen umstrittenen Punkte im Budget 2018. Für Diskus-

Kantonsbudget Wichtigste Kennzahlen

	in Mio. Fr. (gerundet)	
Laufende Rechnung	Budget 2018	Plan 2019
Aufwand	699,4	709,4
Ertrag	695,9	709,3
ausserord. Ergebnis	2,2	1,4
Gesamtergebnis	-1,1	1,4
Investitionsrechnung		
Nettoinvestitionen	33,9	33,8
– davon Grundlasten	19,9	14,1
– davon neue Vorhaben	14,0	19,7
Erwartete Eckwerte Wirtschaft		
BIP-Wachstum in %	1,9	2,0
Teuerung in %	0,2	0,6

sionsstoff sorgte weiter der Antrag der Regierung, 1,25 Millionen Franken für eine Imagekampagne zur Verfügung zu stellen, dies für fünf Jahre. Die GPK hatte dies zurückgewiesen, weil die Idee noch zu wenig ausgereift sei. Ges-

tern im Rat bestand die Regierung nicht mehr auf ihrem Antrag und unterstützte die GPK-Forderung, stattdessen 30 000 Franken für die Ausarbeitung einer detaillierten Vorlage zu genehmigen.

Dritter grosser Diskussionspunkt war ein Energieförderprogramm. 3,6 Millionen Franken verteilt über vier Jahre hatte die Regierung beantragt. Der GPK war dies zu viel. Sie wollte nur die Hälfte bewilligen, und nur für zwei Jahre. Bei dem Programm geht es um Wärmedämmungen bei Häusern: Wenn der Kanton ein Förderprogramm dafür hat, bezahlt der Bund pro im Kanton aufgewendeten Franken zwei weitere aus dem CO₂-Lenkungsabgabepfopf dazu. «Dies kommt dem lokalen Gewerbe zugute, und die Wertschöpfung bleibt ebenfalls in der Region», warb René Schmidt (GLP, Schaffhausen). Auch der Baudirektor Martin Kessler empfahl das Förderprogramm. Im Kanton gebe es überdurchschnittlich viel alte Bau-

Gestern im Rat

Vorsitz Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen)

► Der Kantonsrat hat den **Finanzplan 2018 bis 2021** und die **Finanzstrategie** des Kantons zur Kenntnis genommen.

► Angenommen hat das Kantonsparlament nach intensiver Diskussion das **Budget des Kantons Schaffhausen** für das Jahr 2018. Das Parlament senkt dabei auch den für das Steuerjahr 2018 geltenden Steuerfuss von heute 115 Prozent auf 111 Prozent.

substanz, wo der Energieverschleiss gross sei. Zwei Jahre seien nicht genug, um dort Resultate zu erzielen. «Da profitieren wenige auf Kosten aller», sagte hingegen SVP-Mann Fioretti. «Die deutsche Solarbranche lässt grüssen! Wir sollten von der Subventionitis-Mentalität abkommen.» Einstimmig unterstützt wurde das Programm hingegen von der SP/Juso-Fraktion sowie von der GLP/EVP-Fraktion. «Verzichten wir nicht auf Bundesgeld, das uns zusteht», meinte Martina Munz (SP, Hallau). Nach langer, hart geführter Diskussion obsiegte dann die GPK-Haltung. Mit 33 zu 20 Stimmen beschloss das Parlament, nur die Hälfte des Geldes zu sprechen und auf nur zwei Jahre beschränkt.

Schaffhausen wieder an der Olma

Der Kantonsrat brauchte gestern drei mehrstündige Sitzungen, um das Budget 2018 unter Dach und Fach zu bringen. Kurz nach 20 Uhr fiel der Entscheid mit 34 zu 6 Stimmen.

Am Rande der Budgetsitzung wurde weiter bekannt, dass der Kanton Schaffhausen wieder als Gastkanton für die St. Galler Landwirtschaftsmesse Olma angefragt worden sei, und zwar für das Jahr 2020. Die Regierung will dem Kantonsrat im kommenden Frühjahr eine Vorlage präsentieren. Vorgehen ist ein Kredit von 100 000 Franken aus dem Lotteriefonds, mit dem ein Vorprojekt ausgearbeitet werden soll. Über das Vorprojekt und darüber, ob der Gastaufritt überhaupt zustande kommt, entscheidet in jedem Fall das Kantonsparlament. Schaffhausen war an der Olma bereits viermal Gastkanton, zum letzten Mal 1995.

Sätze zur Situation

Thomas Hauser (FDP, Schaffhausen)

«Heute können wir Äpfel und Birnen vermischen.» Aber nicht im Budget, sondern nur bei der Verpflegung: Josef Würms (SVP, Ramsen) hatte wie immer für die Budgetberatung eine grosse Kiste Obst spendiert.

Patrick Strasser (SP, Oberhallau)

«Die Finanzplanung ist nur der aktuelle Stand des Irrtums.»

Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen)

«Der Niedergang des Kantons zeichnet sich am Horizont ab.»

Peter Scheck (SVP, Schaffhausen)

«Ich stelle eine grosse Geschwätzigkeit fest heute Nachmittag.»

Regierungsrat Ernst Landolt

«Diese Kiste ist permanent voll.» Gemeint ist das Schaffhauser Gefängnis. Zur Frage, wieso die Ausgaben für ausserkantonale Gefängnisaufenthalte zunehmen.

Regierungsrat Martin Kessler

«Da möchte ich dann Ihre Kommentare hören – oder besser nicht hören!» Der Kanton könnte bei den SBB auch abends einen durchgängigen Halbstundentakt bestellen – das käme sehr teuer.

Widmer Gysel: Angriff aus der SVP

Bei ihrem letzten Budget ist Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel stark kritisiert worden, und zwar aus den eigenen Reihen.

Zum letzten Mal hat Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel (SVP) gestern im Kantonsrat das Budget vorgestellt. Am kommenden Sonntag wird ihre Nachfolgerin gewählt, Widmer Gysel, aktuell Regierungspräsidentin, bleibt noch bis Ende März 2018 im Amt.

Für nette Worte zum baldigen Abschied war gestern aber kein Platz, zuallerletzt in den Reihen ihrer eigenen Partei. Kantonsrat Mariano Fioretti (SVP, Schaffhausen) sparte im Rahmen der Debatte um die Finanzstrategie und den Finanzplan 2018 bis 2021 nicht mit Vorwürfen an ihre Adresse. Er machte keinen Hehl daraus, wie froh er persönlich sein wird, wenn sie weg ist. «Es braucht dringend ein Umdenken im Regierungsrat», sagte er. «Ich hoffe, dass ein neu zusammengesetzter Regierungsrat dies leisten kann.» Scharfe Worte fand Fioretti vor allem für die

Forderung der Regierung, die Löhne anzuheben. Dies aber nicht schon ab 2018, sondern erst danach. «Die abtretende Personaldirektorin verspricht drei Prozent, aber erst im Finanzplan der folgenden Jahre», sagte er. «Sollen doch die Nachfolger die unangenehme Botschaft überbringen, dass das schwierig werden könnte. So geht es wirklich nicht.» Und weiter: «Ist es angesichts der personellen Wechsel in der Regierung fair, solche Versprechungen zu machen?»

«Das ist unterste Schublade»

Der stellvertretende Regierungspräsident Christian Amsler (FDP) stellte sich vor seine Amtskollegin. Zu Fioretti sagte er: «Dass Sie jetzt eine Breitseite auf die abtretende Finanzdirektorin abschiessen, ist ganz unterste Schublade. Man darf hart fighten hier im Saal, aber bitte bleiben Sie bei der Sache.» Die Regierung fälle ihre Entscheide als Gremium, auch die Personalmassnahmen seien nicht einfach eine Erfindung der Finanzdirektorin: «Die Löhne sind ein echtes Problem, das spitzt sich messerscharf zu!» Die bürgerliche Regierung habe dazu

einen guten Vorschlag gemacht, dieser solle doch bitte beherzigt werden. Die Finanzdirektorin selbst antwortete zuerst nicht auf die Anwürfe Fiorettis. Kurz darauf machte sie aber deutlich, dass die Abneigung gegenseitig ist. Zu Fioretti gewandt, gab sie zu Protokoll: «Der gewisse Verstand, der eigentlich nötig wäre, ist nicht vorhanden.»

Kommt eine Schuldenbremse?

Zum Finanzplan und zur – zum ersten Mal erstellten – Finanzstrategie konnte der Rat ausführlich Stellung nehmen, aber nichts beschliessen: Beide Planungsinstrumente sind vom Parlament lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Dennoch brauchte der Rat dafür fast die gesamte Morgensitzung. Es galt, im Hinblick auf die Budgetdebatte, bei welcher der Kantonsrat sehr wohl etwas zu sagen hat, erste Pflöcke einzuschlagen.

Für Fragezeichen sorgten vor allem zwei Kennzahlen. Erstens der Selbstfinanzierungsgrad. Eigentlich sollte dieser Wert bei 80 Prozent oder besser liegen, tatsächlich wird der Kanton laut Prognose der Regierung bis Ende 2021 bloss zwischen 30 und 55 Prozent

stehen. Widmer Gysel konterte, der Selbstfinanzierungsgrad liege absolut im Schnitt anderer Kantone. Zweiter kritischer Wert ist die Nettoverschuldung pro Einwohner. Diese soll von heute minus 336 Franken auf plus 763 Franken im Jahr 2021 ansteigen. Auch in diesem Punkt erwuchs der Regierung in erster Linie Kritik aus der SVP: Kantonsrat Daniel Preisig, der Finanzreferent der Stadt Schaffhausen, schlug die Alarmglocke: «Wir leben in den nächsten vier Jahren über unsere Verhältnisse. Das Nettovermögen schrumpft wie Schnee an der Sonne.» Sofern es nicht ein Umdenken gebe, könnte der Ruf nach einer Schuldenbremse laut werden.

Kritik, aber ganz anders gelagert, gab es auch von der Ratslinken. Matthias Freivogel (SP, Schaffhausen) sagte, die Regierung wolle Herausforderungen möglichst umschiffen. «Der Regierungsrat verwaltet den Kanton, anstatt mutig Impulse zu geben», sagte er. «Müssen wir denn unbedingt wie in den 90ern mit dem Rücken zur Wand stehen, bis etwas passiert?» Die Regierung, sagte Freivogel, schleiche sich aus der Verantwortung. (zge)